

## Sind sozial benachteiligte Menschen auch gegenüber schädlichen Umwelteinwirkungen benachteiligt?

Auf diese Frage sollte die Fachtagung „Umweltgerechtigkeit – die soziale Verteilung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen“ Antworten geben. Im Folgenden werden die wesentlichen Ergebnisse zusammengefasst.

Sind sozial benachteiligte Menschen in Deutschland höheren Umweltbelastungen ausgesetzt als sozial besser gestellte? Haben Menschen mit geringem Einkommen ein größeres Risiko durch Umweltschadstoffe in Wohnung und Wohnumgebung zu erkranken als Einkommensstärkere? Was ist gegen eine sozial ungleiche Verteilung von Umweltbelastungen zu tun? Auf der Fachtagung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und des Umweltbundesamtes (UBA) „Umweltgerechtigkeit – die soziale Verteilung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen“, die vom 27. bis 28.10.2008 in Berlin stattfand, diskutierten über 70 Fachleute aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Praxis unter Einbeziehung internationaler Expertinnen und Experten, welche sozialen Ungleichverteilungen bei Umweltbelastungen in Deutschland vorliegen und wie sich diese reduzieren und vermeiden lassen.



Sozial- und umweltepidemiologische Studien zeigen, dass in Deutschland der soziale Status mit darüber entscheidet, ob und in welchem Umfang Kinder, Jugendliche und Erwachsene Umweltbelastungen ausgesetzt sind. Sozial benachteiligte Menschen leben in Deutschland häufiger in einer Umwelt, die krank machen kann. Sie wohnen beispielsweise häufiger an stark befahrenen Straßen und sind stärker von Lärm und Abgasen betroffen. Dies kann unter anderem Atemwegserkrankungen und Herz-Kreislaufstörungen zur Folge haben. Auch die im Körper gemessene Schadstoffbelastung lässt Unterschiede in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft erkennen: Der Kinder-Umwelt-

Survey (2003-2006) des Umweltbundesamtes (UBA) hat gezeigt, dass 3- bis 14-jährige Kinder aus sozial schwächeren Familien unter anderem stärker mit Tabakrauch und Blei belastet sind. Dagegen wiesen Kinder aus sozial besser gestellten Familien unter anderem eine höhere korporale Belastung mit chlororganischen Verbindungen (z.B. PCB und DDE) auf, was vermutlich auf ein vergleichsweise längeres Stillen zurückzuführen ist.

Die zweitägige Fachtagung bot erstmals eine Plattform, auf der sich Expertinnen und Experten verschiedener Disziplinen wie Umwelt, Gesundheit, Geographie, Stadtplanung und Recht zu dem in Deutschland noch neuen Thema „Umweltgerechtigkeit“ austauschen konnten. Die Vortragenden referierten unter anderem zur Datenlage und zum Stand der wissenschaftlichen Diskussion in Deutschland und der Europäischen Union. In Deutschland dominiert die Public Health-Forschung das Thema „Umweltgerechtigkeit“. In anderen europäischen Ländern wie Schottland und Schweden prägen (sozial-)politische und juristische Perspektiven und Standortfragen das Thema „Environmental Justice“.

In vier parallelen Workshopgruppen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am zweiten Tag den Forschungsbedarf und Anknüpfungspunkte für eine integrierte Umwelt-, Gesundheits- und Sozialberichterstattung. Darüber hinaus entwickelten sie erste Handlungsempfehlungen, um den gesundheitsbezogenen Umweltschutz – vor allem auf kommunaler Ebene – für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zu verbessern.

Die Tagung machte deutlich, dass es in Deutschland bisher an einer systematischen Untersuchung sozialer Unterschiede bei umweltbezogenen Gesundheitsbelastungen mangelt. Ebenso sind die Kriterien unklar: Was ist gerecht, was ist ungerecht? Es sind neben der Gewinnung von Daten weitere konzeptionelle und theoretische Überlegungen notwendig, die das Abstecken der Forschungs- und Handlungsfelder einschließen. Darin waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig.

Der Bedarf an Forschung sowie an der Formulierung konkreter politischer Handlungsstrategien ist groß. Die Fachleute betonten die Notwendigkeit interdisziplinärer und ressortübergreifender Forschungs- und Handlungsansätze. Diese erfordern eine enge Zusammenarbeit der Umwelt-, Gesundheits-, Sozial- und Stadtentwicklungsämter untereinander sowie mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Forschung und nicht zuletzt mit den Betroffenen selbst.

Das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt werden die Tagungsergebnisse aufgreifen und den angestoßenen Prozess weiterführen. Auch auf europäischer Ebene findet das Thema zunehmend Beachtung. Bei der im Herbst 2009 in Italien stattfindenden Fünften Konferenz der Umwelt- und Gesundheitsminister und -ministerinnen der Europäischen Region der WHO steht das Thema „Social Equity“ auf der Agenda.



Die Ergebnisse der Tagung werden unter anderem in einem Grundsatzpapier veröffentlicht. Dieses wird dem während der Fachtagung gegründeten Arbeitskreis „Umweltgerechtigkeit“ als wichtige Grundlage zur Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität aller sozialen Bevölkerungsgruppen dienen. Organisiert und geplant wurde die Fachtagung von der Arbeitsgruppe Umwelt und Gesundheit an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften, Universität Bielefeld, unter der Leitung von Frau Prof. Dr. Claudia Hornberg.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter <http://www.uni-bielefeld.de/gesundhw/umweltgerechtigkeit>.

*Christiane Bunge*

*Abbildungsnachweis: neu-atzlenbacher/ Pixelio (1), Rupert Oberhäuser/ BMU (1)*